

---

## Die neue Ideologie des Silicon Valley als Privatisierung politischer Gestaltung

Thomas Tiefel | Nürnberg, 10.05.2026



In den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten hat die Ideologie des Silicon Valley einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Das Heilsversprechen einer besseren Welt durch grundlegenden technischen Fortschritt ist konstant geblieben. Die konkreten Vorstellungen davon, wie diese bessere Zukunft aussehen soll und die Radikalität der Wege dorthin, haben sich in der neuen Ausprägung der Ideologie jedoch deutlich verändert.

Diese Verschiebung lässt sich nicht losgelöst von den Veränderungen in der amerikanischen Politik nachvollziehen und verstehen. Spätestens seit 2016 ist eine Entwicklung sichtbar geworden, bei der mit technischer Macht gepaarte wirtschaftliche Dominanz und politische Gestaltung zunehmend ineinander übergehen. Das beinhaltet nicht nur die klassische Lobbyarbeit von Konzernen, sondern vielmehr auch direkte Interventionen in öffentliche Debatten sowie politischen Diskussionen, Institutionen und Prozessen.

Die Beziehungen sind dabei vielgestaltig. Politische Entscheidungsträger und Repräsentanten sind darauf angewiesen, mit der techno-ökonomischen Macht und kommunikativen Infrastruktur großer Tech-Unternehmen umzugehen. Die Letztgenannte versuchen, politische Rahmenbedingungen und Entscheidungen zu ihrem Vorteil zu beeinflussen. Gleichzeitig verfügen staatliche Vertreter durch Gesetzgebung und Regulierung erhebliche Einflussmöglichkeiten gegenüber den Tech-Konzernen. Daraus entstehen teils Kooperationen, teils Konflikte.

---

Besonders deutlich zeigen sich die beschriebenen Veränderungen und die neue Ideologie des Silicon Valley an den folgenden drei prominenten Protagonisten. Diese treten längst nicht mehr nur im ökonomischen Kontext in Erscheinung, sondern greifen allesamt aktiv und intensiv – wenn auch auf unterschiedliche Weise – in das politische Geschehen ein.

### **Elon Musk: Unternehmer, Plattformbetreiber und politischer Akteur**

Kaum eine andere Person verkörpert die beschriebene Entwicklung so sichtbar wie Elon Musk. Sein Auftreten hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Während er lange vor allem als genialer innovativer Unternehmer galt, inszeniert er sich heute immer häufiger als politischer Kommentator und Akteur.

Den Wendepunkt markierte die Übernahme der Microblogging-Plattform Twitter im Jahr 2022, die von Musk wenig später in „X“ umbenannt wurde. Er präsentierte den Kauf nicht lediglich als eine wirtschaftliche Entscheidung, sondern darüber hinaus als einen befreienden Eingriff in die nach seinem Empfinden zu woke und zensierende öffentliche Kommunikationsstruktur. Sein erklärtes Ziel war es, die Plattform als soziales Netzwerk zu einem Ort uneingeschränkter Meinungsäußerung nach seinem Verständnis zu machen.

In der Praxis führte dies zu spür- und messbaren Veränderungen: Moderationsregeln wurden gelockert, zuvor gesperrte Accounts wieder zugelassen, problematische Inhalte nahmen deutlich zu und die Tonalität verschob sich signifikant. Kritiker sahen darin eine Verstärkung von Polarisierung und Desinformation, während Befürworter argumentierten, dass dadurch eine wirkliche Meinungsfreiheit gestärkt werde. Unabhängig von der Bewertung zeigt sich hier, wie stark einzelne Tech-Akteure mittlerweile Kommunikationsräume prägen können, die für politische Prozesse von zentraler Bedeutung sind.

Dazu kommt, dass Musk diese Plattform selbst intensiv nutzt. Seine Äußerungen auf „X“ erreichen ein Millionenpublikum und werden auch von klassischen Medien aufgegriffen. Mehrfach führten Beiträge von Musk auf „X“ unmittelbar zu starken Kursbewegungen an Finanzmärkten, etwa bei Tesla oder Kryptowährungen wie Dogecoin. Dadurch entsteht eine außergewöhnliche Situation: Ein Unternehmer beeinflusst unmittelbar sowohl die Märkte als auch die politische Debatte. Und beides oft in Echtzeit.

Diese Entwicklung erhielt nach dem Amtsantritt von Donald Trump im Jahr 2025, den Musk vorher im Wahlkampf massiv finanziell und kommunikativ unterstützt hatte, eine weitere Dimension. Musk wurde als faktischer Leiter in die neu geschaffene Behörde „Department of Government Efficiency“ (DOGE) eingebunden, die mit dem Anspruch antrat, staatliche Strukturen radikal zu verschlanken und stärker nach unternehmerischen Prinzipien auszurichten. Musk nutzte seine Rolle, um öffentlich für weitreichende Deregulierungen und die Automatisierung staatlicher Abläufe sowie den verstärkten Einsatz von KI in Verwaltungsprozessen einzutreten. Gleichzeitig sorgte seine direkte Kommunikation über „X“ weiterhin für maximale Aufmerksamkeit, wobei Behördenentscheidungen, politische Positionen und persönliche Einschätzungen zunehmend miteinander verschwammen.

---

## **Peter Thiel: Investor, Ideologe und politischer Architekt**

Während Elon Musk vorwiegend öffentlich und oft spontan-impulsiv agiert, handelt Peter Thiel im Hintergrund und in der Regel strategisch. Sein Einfluss zeigt sich weniger in einzelnen Statements als in langfristig gewobenen Netzwerken und gezielten Interventionen.

Thiel gehört zu den wenigen prominenten Tech-Unternehmern aus dem Silicon Valley, die sich bereits sehr früh offen politisch positioniert haben. Sein 2009 veröffentlichtes Essay „The Education of a Libertarian“ und seine Unterstützung für Donald Trump im Wahlkampf 2016 waren deutliche Signale. Gerade in einer Branche, die sich lange eher bei den Demokraten verortet hatte. Dabei ging es Thiel nicht nur um parteipolitische Präferenzen, sondern um ein grundlegendes Misstrauen gegenüber bestehenden Institutionen.

Thiel vertritt explizit die Auffassung, dass für ihn Freiheit und Demokratie nicht vereinbar sind und letztgenannte nicht in der Lage ist, für die Menschheit bedeutsame Innovation zu fördern. Fortschritt erscheint in seiner Perspektive als Produkt maximaler unternehmerischer Freiheit und nicht als Ergebnis interdependenter wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Prozesse. Entsprechend kritisch sieht er staatliche Regulierung und lehnt diese vehement ab.

Sein Einfluss geht allerdings weit über die Verbreitung einzelner Positionen hinaus. Über Investitionen, Stiftungen und Netzwerke unterstützt Thiel gezielt Projekte und Personen, die ähnliche Ideen vertreten oder den seinen folgen. Dazu gehören sowohl Start-up Gründer als auch politische Initiativen und Denkfabriken. Auf diese Weise trägt er dazu bei, seine Sicht der Welt und seine Denkweise sowohl innerhalb der Tech-Szene als auch im politischen Bereich zu verbreiten und zu stabilisieren.

Besonders interessant ist in diesem Kontext das Verhältnis von Peter Thiel zu JD Vance. Die beiden lernten sich bereits 2011 an der Yale Law School persönlich kennen, als der damalige Jura-Student Vance einem Gastvortrag des Erfolgsinvestors Thiel zum Thema Wettbewerb und stagnierende technische Innovationen beiwohnte. Diese erste Begegnung war der Beginn einer langen Verbundenheit, in der die intellektuelle Bewunderung durch Vance ein tragender Faktor war. Thiel unterstützte Vance in der Folge nicht nur 2019 substanziell bei der Gründung von dessen Wagniskapitalgesellschaft Narya Capital, sondern er finanzierte 2021 auch dessen Senatskandidatur mit 10 Millionen US-Dollar und 2022 mit weiteren 15 Millionen US-Dollar seine Wahl zum Senator von Ohio. Auch für die Zeit danach gilt Thiel als Schlüsselfigur. Er positionierte Vance als Running Mate von Donald Trump und fungierte als maßgeblicher Förderer sowie als einer der wichtigsten strategischen Architekten des politischen Aufstiegs von Vance zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

## **Sam Altman: CEO, Netzwerker und Chamäleon**

Ein weiterer Protagonist ist Sam Altman. Im Vergleich zu Thiel wirkt er weniger ideologisch und anders als Musk weniger konfrontativ - eher ausgleichend und moderierend. Dabei ist der Einfluss von Altman nicht zu unterschätzen, da er zum einen für viele Menschen die personalisierte Kompetenz im Bereich der Zukunftstechnologie Künstliche Intelligenz darstellt und

---

sich zum anderen intensiv an der Schnittstelle zwischen technischer Entwicklung und politischer Regulierung bewegt.

Als CEO von OpenAI, einem Pionierunternehmen von KI-basierten Chatbots und treibenden Akteur auf dem Feld der Künstlichen Intelligenz, ist Altman in viele politische Gespräche und Initiativen eingebunden. Er tritt vor Regierungen auf, spricht bei Anhörungen und bringt sich aktiv meinungsbildend in Debatten über Regulierung ein. Dabei verfolgt er einen Ansatz, der ihn ausgewogen wirken lässt. Einerseits betont er die Notwendigkeit von Regeln, andererseits warnt er vor den negativen Auswirkungen von regulatorischen Einschränkungen.

Dieses Vorgehen ist unternehmensstrategisch äußerst geschickt, aber gesellschaftlich und politisch durchaus problematisch. Im Ergebnis sind genau jene Unternehmen, welche die im gleichen Maße intransparente wie auch das gesamte Leben durchdringende Technologie der Künstlichen Intelligenz entwickeln und kommerzialisieren, auch wesentlich an der Gestaltung der Gesetze beteiligt sind, die für sie gelten sollen. Dadurch entsteht ein faktisches Ungleichgewicht zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen. Öffentliche Belange als Kernthemen der gesellschaftlichen Gestaltung durch Politik rücken dagegen in den Hintergrund.

Auch Altmans Engagement für Konzepte wie ein bedingungsloses Grundeinkommen passt in dieses Bild. Seine Vorschläge beziehen sich auf reale Probleme, wie beispielsweise mögliche massenhafte Arbeitsplatzverluste durch KI-basierte Automatisierung geistiger Arbeitsinhalte. Gleichzeitig werfen sie die Frage auf, ob strukturelle soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten dadurch wirklich reduziert oder nicht eher stabilisiert werden.

### **Veränderungen in der gesellschaftlichen und politischen Landschaft**

Was die drei Beispielakteure eint, ist neben einer im Kern übereinstimmenden ideologischen Grundausrichtung auch eine vergleichbare Ausgangssituation: Enorme wirtschaftliche Ressourcen, fundamentalen Einfluss auf die Entwicklung von Zukunfts- und Schlüsseltechnologien, direkter Zugang zu Öffentlichkeit und die Fähigkeit, politische Prozesse zu beeinflussen.

Früher klare Rollen werden fluid und verschwimmen. CEOs von Tech-Konzernen treten als politische Akteure auf, während gleichzeitig klassische politische Institutionen auf die Expertise und die Infrastruktur genau dieser Unternehmen angewiesen sind. Diese Abhängigkeit schafft neue Formen von Einfluss und das Machtgefüge verändert sich. Entscheidungen, die früher primär im politischen Raum getroffen wurden, sind heute sehr oft eng mit den Interessen und Strategien einiger weniger großer Technologiekonzerne verknüpft. Das betrifft nicht nur klassische Politikfelder wie die Gestaltung der Wirtschaft oder der Sozialsysteme, sondern zunehmend auch Fragen von Kommunikation und gesellschaftlicher Organisation.

Die wachsende Verknüpfung zwischen dem Silicon Valley und der Politik blieb nicht folgenlos. In den letzten Jahren hat sich die amerikanische, aber auch die europäische politische und gesellschaftliche Landschaft spürbar verändert. Nicht durch einen einzelnen Einschnitt, sondern durch eine Reihe von Entwicklungen, die sich gegenseitig verstärken. Drei ineinandergreifende Prozesse stechen dabei besonders hervor: Erstens die zunehmende Polarisierung

---

öffentlicher Debatten. Zweitens die gestiegene Ambivalenz bei staatlichen Regulierungsbestrebungen. Und drittens die Herausbildung neuer Machtzentren außerhalb klassischer demokratischer Strukturen.

### **Öffentliche Debatten unter algorithmischem Einfluss**

Die Art und Weise, wie politische Diskussionen geführt werden, hat sich über die letzten ein- einhalb Dekaden grundlegend verändert. Digitale Plattformen wie Youtube, TikTok, Instagram, Facebook, Reddit oder X und Telegram sind mittlerweile zentrale Infrastrukturen öffentlicher Kommunikation geworden. Wer dort sichtbar und dominierend ist, beeinflusst grundlegend, welche Themen überhaupt und wie diese wahrgenommen werden.

Dabei kommt den von den Plattformen eingesetzten Algorithmen eine zentrale Bedeutung zu. Inhalte werden nicht neutral dargestellt, sondern nach Kriterien priorisiert, die vor allem auf Aufmerksamkeit und möglichst lange Verweildauer ausgerichtet sind. Interne Untersuchungen von Meta zeigten bereits früh, dass insbesondere emotionalisierende, polarisierende und konfliktorientierte Posts sich oft schneller verbreiten und die Nutzer stärker an die Plattform binden. Differenzierte und nuancierte Positionen haben es hingegen deutlich schwerer, überhaupt wahrgenommen zu werden oder sich durchzusetzen.

Eine unmittelbare Folge ist die spürbare Verschiebung der Tonalität politischer Auseinandersetzungen. Extreme Positionen gewinnen an Sichtbarkeit, während moderatere Stimmen deutlich geringere Reichweiten erzielen. Zugleich entstehen „Echo-Kammern“: Abgeschlossene Kommunikationsräume, in denen sich spezifische Sichtweisen wechselseitig verstärken, ohne ernsthaft hinterfragt zu werden. Diese Dynamik ist weniger auf einzelne Akteure zurückzuführen als vielmehr auf die Funktionslogik der Plattformen selbst sowie auf deren Geschäftsmodelle, die darauf ausgerichtet sind, Nutzer möglichst lange zu binden.

### **Staatliche Regulierung zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

Parallel dazu zeigt sich eine gestiegene Ambivalenz bei staatlichen Regulierungsbestrebungen. Einerseits ist bei öffentlichen Institutionen mittlerweile das Bewusstsein dafür gewachsen, dass digitale Plattformen und die Zukunftstechnologien Künstliche Intelligenz massive gesellschaftliche Auswirkungen haben, die politisch gestaltet werden müssen. Andererseits bleibt die tatsächliche Umsetzung oft hinter den erkannten Notwendigkeiten und den daraus resultierenden Ansprüchen zurück.

Ein Grund dafür liegt im Einfluss der Tech-Industrie selbst. Die dominierenden, oligopolistischen Mega-Konzerne verfügen über gigantische Ressourcen, um politische Prozesse zu begleiten. Sei es durch Lobbying, durch Expertise oder durch direkte Kooperation mit staatlichen Stellen. Dadurch entsteht eine Situation, in der Regulierung zwar diskutiert wird, aber häufig nur in abgeschwächter oder im Sinne der Konzerne abgewandelter Form umgesetzt wird.

Hinzu kommt, dass viele politische Entscheidungsträger auf das Wissen genau jener Tech-Unternehmen angewiesen sind, die sie regulieren sollen. Gerade in komplexen Bereichen wie der Künstlichen Intelligenz ist es schwierig, unabhängige Expertise in ausreichendem Maß aufzubauen, was das Gleichgewicht zusätzlich verschiebt.

---

## **Neue Machtzentren jenseits demokratischer Institutionen**

Am deutlichsten zeigt sich der Wandel wohl in der Frage, wer tatsächlich über gesellschaftlich relevante Entscheidungen bestimmt. Neben staatlichen Institutionen sind Akteure entstanden, deren Einfluss kaum geringer ist, auch wenn sie keiner direkten demokratischen Legitimation oder Überwachung unterliegen.

Einige amerikanische Technologie-Konzerne verfügen nicht nur über immense wirtschaftliche Macht, sondern sind mittlerweile auch Lieferanten und Betreiber essentieller nationaler und internationaler Infrastrukturen in den Bereichen äußere und innere Sicherheit, Verkehr, Energieversorgung und Kommunikation. Um nur einige Beispiele zu nennen: AWS und Microsoft Azure bei Cloud-Diensten, Starlink bei Satellitensystemen, Google und Meta bei Unterseekabeln, sowie die Software von Palantir bei der Polizei, dem Militär und den Geheimdiensten. Diese Infrastrukturen sind für viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in den letzten zwei Jahrzehnten unverzichtbar geworden. Wer sie betreibt, hat dadurch automatisch sowohl Kontrolle über den Zugang zu ihnen als auch Einfluss auf ihre Nutzung. Dasselbe gilt für alle im Rahmen der Inanspruchnahme der Infrastruktur zwangsläufig generierten Daten.

Diese faktische Entwicklung kann als eine Form der Privatisierung politischer Gestaltung bezeichnet werden. Entscheidungen verlagern sich aus demokratischen Prozessen heraus in Bereiche, die weniger transparent und schwerer kontrollierbar sind. Das bedeutet nicht, dass staatliche Institutionen in diesem Zuge ihre Bedeutung gänzlich verlieren, aber wohl, dass sie nicht mehr die alleinigen oder zentralen Akteure sind.

### **Abhängigkeit und Freiheit**

Auffällig sind die neu entstandenen gegenseitigen Abhängigkeiten. Staaten sind in vielen Bereichen auf die Infrastruktur und Innovationskraft von wenigen großen Tech-Konzernen angewiesen. Umgekehrt benötigen diese privatwirtschaftlichen Unternehmen stabile politische Rahmenbedingungen, die ihnen Eigentumsrechte garantieren und größtmögliche wirtschaftliche Freiheit sicherstellen. Konflikte verlaufen nicht mehr entlang einer klaren Trennlinie zwischen einem Staat, der das öffentliche Interesse verfolgt und einer Wirtschaft, die vom privaten Gewinnstreben einzelner Personen getrieben ist, sondern innerhalb eines komplexen Geflechts gemeinsamer und konkurrierender Ziele. Gerade deshalb wird der Aspekt demokratischer Kontrolle immer drängender.

Wenn zentrale politische und gesellschaftliche Prozesse zunehmend von Akteuren bestimmt werden, die außerhalb demokratischer Strukturen stehen, stellt sich die Frage, wie Transparenz, Rechenschaft und Verantwortung künftig gewährleistet werden können. Oder anders formuliert: Wie lässt sich der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat unter diesen Bedingungen aufrechterhalten? Letztlich erwächst daraus aber die noch grundlegendere politische Frage des 21. Jahrhunderts: Wollen die Bürger demokratischer Staaten ihre politische Souveränität bewahren und den mühsamen Weg gehen, ihre Freiheit gegenüber den Tech-Konzernen zu verteidigen — oder entscheiden sie sich für ein möglicherweise bequemes, aber politisch weniger freies Leben in einem Technopol, in dem die Logik der Technik und ökonomischen Effizienz alle anderen gesellschaftlichen Werte überlagert?